



Calmer Waoblatt Nr. 42. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 94. Jahrgang.
 Erscheinungswort: 6 mal wöchentlich. Anzeigenspreis: Die klein patente Seite 15 Pfg. Kleinanzeigen 25 Pfg. Schluß der Anzeigennahme 9 Uhr vormittags. Fernsprecher 9.
 Donnerstag, den 20. Februar 1919.
 Bezugspreis: In der Stadt mit Frägerlohn Mt. 2.25 vierteljährlich. Postbezugspreis im Orts- und Nachbarnbezirk Mt. 2.15, im Fernbezirk Mt. 2.25, Postgeld in Württemberg 80 Pfg.

Ein Aufschlag auf Clemenceau.

Paris, 19. Febr. Heute morgen 8.45 Uhr, als sich Clemenceau von seiner Wohnung ins Kriegsministerium begab, gab ein Individuum fünf Revolvergeschosse auf ihn ab, welche das Verdeck des Kraftwagens durchschlugen. Eine Kugel traf Clemenceau nur leicht an der Schulter. Der Ministerpräsident kehrte zu Fuß in seine Wohnung zurück, wo sich gegenwärtig ein Arzt um ihn bemüht. Der Attentäter wurde verhaftet.

Paris, 20. Febr. (Havas). Die ärztliche Untersuchung ergab, daß Clemenceau ins rechte Schulterblatt getroffen worden ist; innere Organe sind nicht verletzt.

Die Waffenstillstandsfrage in der Nationalversammlung.

Wir haben gestern die von General von Winterfeldt und vom Reichsminister Erzberger abgegebenen Erklärungen wiedergegeben, wonach erstens feststeht, daß die Waffenstillstandsbedingungen von Anfang an den deutschen Bevollmächtigten in ihrer vollen allgemein bekannten Härte eröffnet worden sind, und daß die Oberste Heeresleitung, die allein für den Waffenstillstand verantwortlich war, wohl Mitteilungen in Vorschlag gebracht hatte, aber ausdrücklich mit der Bemerkung, daß wenn die Durchsetzung dieser Punkte nicht gelänge, trotzdem abzuschließen wäre. Es geht aus dieser Erklärung also hervor, daß die oberste Heeresleitung eine Fortführung des Krieges für aussichtslos ansah, und daß demnach alle anderen Behauptungen und Gerüchte auf falschen Kombinationen beruhen. Nachdem aber einmal die ersten erdrückenden Bedingungen angenommen waren, (Auslieferung des größten Teils unseres rollenden Materials, der Flotte, Tausender von Kanonen, Maschinengewehre, Flugzeuge und Kraftwagen) waren wir vollständig der Gewalt der Entente ausgeliefert, und das umso mehr, als die Revolution die Disziplin im Heimatheer vollständig gelöst, im Frontheer stark gelockert hatte. Es war also eine schwere Aufgabe für die deutschen Unterhändler, angesichts unserer offensichtlichen militärischen Ohnmacht einem rücksichtslosen, rache- und beutegierigen Gegner gegenüber zu bestehen. So mußte man sich zu der Forderung von landwirtschaftlichen Maschinen verstehen, deren Wert allerdings nicht an denjenigen der rücksichtigen Maschinen und Güterwagen heranreicht, aber die Entente verzichtet deshalb doch nicht auf die vollständige Ablieferung der verlangten Maschinen und Wagen. Die in der Presse aufgetauchte Anschauung, durch die Ablieferung der landwirtschaftlichen Maschinen werde unsere Ernte gefährdet, widerlegte Erzberger; die Ablieferung werde sich durchführen lassen, ohne daß irgend einem deutschen Bauern auch nur eine einzige Maschine weggenommen zu werden brauche. Ueber das Schiffsverkehrsabkommen hatte Erzberger schon früher Auskunft gegeben; danach sollen wir die deutsche Handelsflotte zur Versorgung der Welt zur Verfügung stellen, wenn wir Lebensmittel wollen. Die Flotte bleibe aber Eigentum Deutschlands. Was natürlich später geschieht, das konnte Erzberger so wenig wie andere sagen. Aber recht hat er, wenn er sagt, wenn wir in dieser Frage nicht nachgegeben hätten, so hätten wir vielleicht keine Lebensmittel erhalten, und wären die Flotte schließlich doch losgeworden. Er habe wenigstens erreicht, daß die Handelsflotte nicht ausgeliefert zu werden braucht, als bis Übereinstimmung über die Ernährungs- und Finanzfrage erzielt sei. Wie sich Erzberger die Bezahlung der Lebensmittel denkt, das geht daraus hervor, daß er die deutschen Kapitalisten auffordert, ihre fremden Werte dem Deutschen Reich zur Verfügung zu stellen, und zwar in einem Umfang, daß wir vor dem Hungertode vor der Ernte gerettet sind. Das heißt also, unsere Auslandswerte, fremde Papiere und Unternehmungen, sollen wahrscheinlich als Zahlung oder Pfand zur Verfügung gestellt werden. Aber auch unsere Arbeiter sollen das ihre tun, damit wir Waren für die Ausfuhr erhalten. Wenn aber in den großen Kohlenbezirken nur gestreift und gepulvert wird, dann ist es natürlich unmöglich, unser Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen.

Der Vertreter der Deutschen Volkspartei, Dr. Wögl, hatte nach dem uns vorliegenden Bericht eigentlich eine recht wenig stichhaltige Unterlage für seine schweren Vorwürfe. Er behauptete,

daß er die Verhandlungen über die Ablieferung des Eisenbahnmaterials und der landwirtschaftlichen Maschinen, sowie über das Abkommen bezüglich der Handelsflotte geführt habe, ohne Sachverständige zu hören. Unsere Unterhändler hätten in leichtfertiger Weise die Feinde geradezu eingeladen, uns in den Hauptpunkten Schwierigkeiten zu machen. Die neuen Abmachungen, die vielleicht angenommen werden mußten, seien das Schlüssglied in der Kette, die der Reichsminister Erzberger in den monatelangen Verhandlungen um das deutsche Volk gelegt habe, der Kette, die das deutsche Volk erwürgen werde. Deshalb erhebe die deutsche Volkspartei gegen ihn schwere Vorwürfe. Angesichts dieser persönlichen Angriffe entstand natürlich ein Entrüstungsturm in den Reihen des Zentrums, daß der Redner minutenlang nicht mehr sprechen konnte. Erzberger entgegnete seinem Angreifer, daß die Anklagen auf völliger Unkenntnis und unerhörter Verschönerung der wirklichen Vorgänge aufgebaut seien. Angesichts der Tatsache, daß gerade die Gruppe der Interpellanten mit ihrer Politik den Niedergang unseres Vaterlandes herbeigeführt habe, sei es ein wirklich starkes Stück, wenn ein Vertreter der Gruppe Stinnes (größtes rheinisches Hüttenwerk neben Krupp) es wage, in der Nationalversammlung von der Schuld eines Ministers zu sprechen, der für den Frieden der Verzöhnung eingetreten sei. Seine (Erzbergers) ganze Tätigkeit habe darin bestanden, Tag für Tag Sachverständige zu hören. Wenn er die Abberufung des Herrn Stinnes durchgeführt habe, so sei es geschehen, weil er den Feinden nicht einen Mann als Sachverständigen habe anbieten können, der an der Ausbeutung Belgiens so hervorragend beteiligt gewesen sei, und weil er die Hauptkraft gewesen sei an der Verschleppung der belgischen Arbeitslosen, die so viel böses Blut gemacht habe. Der Verein Deutscher Stahlindustrieller hätte aber daraufhin erklärt, wenn Hugo Stinnes nicht als Sachverständiger zugezogen werde, dann entsende der Verein überhaupt keinen Sachverständigen. Aber jetzt sei die Herrschaft dieser Herren vorbei. Dem Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei (Konervative), der ebenfalls das neue Waffenstillstandsabkommen ablehnte und behauptete, daß Erzberger die Waffenstillstandsbedingungen in einem Ton vorgetragen habe, in dem nichts von dem Jörn zu merken gewesen sei, den das deutsche Volk durchhebe, erwiderte Erzberger, die Rechte habe kein Recht, Anklagen zu erheben, denn sie sei die Schuldige, die das deutsche Volk ins Unglück geführt habe. Der Vertreter der Rechten habe unsere Feinde direkt aufgestachelt, unsere Handelsflotte wegzunehmen. Die Härte der Bedingungen verurteile er ebenso wie die Rechte, aber er behaupte, über die 14 Wilsontpunkte sei damit nicht hinausgegangen worden. Wenn wir nicht unterzeichnet hätten, hätte Clemenceau triumphiert, denn dann wäre die lästige Laftache mit den 14 Punkten mit einem Schlage beseitigt worden. Und Ministerpräsident Scheidemann erklärte, wir hätten für eine Ablehnung der Bedingungen nicht die Verantwortung übernehmen können, so schwer sie gewesen seien, und so schwer es unsern Unterhändlern geworden sein müsse, sie zu unterzeichnen. Auch Herr Gräfe (konf.) hätte keine besseren Bedingungen herausgeholt. Konrad Haußmann erklärte, der Angriff gegen Erzberger sei zusammengebrochen, man sei dem Unterhändler in den Rücken gefallen, anstatt seine Stellung zu stärken. Auch Gröber verteidigte im Namen des Zentrums die Haltung Erzbergers der mit so außerordentlicher Begabung und riesigem Fleiß für das Vaterland getan habe, was kein anderer zu leisten imstande gewesen wäre. Erzberger und die Sozialisten wiesen den Interpellanten gegenüber schließlich darauf hin, daß sie bei Begründung ihrer Anfragen vergessen hätten, daß wir den Krieg verloren haben. Und darin liegt eben das A und O der ganzen Waffenstillstandsbedingungen. „Wehe dem Volk, das seine Waffen eine Minute zu früh an die Wand stellt“, wehe aber auch dem Volk, dessen Führer nicht in der Lage sind, mit den Kräften des Volkes vernünftig umzugehen, sobald schließlich ein Zusammenbruch mit Notwendigkeit kommen mußte.

Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.

Zur Frage des Präliminarfriedens.
 Berlin, 20. Febr. Wie nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ in Paris an unterrichteter Stelle verlautet, wird der endgültige Text des Präliminarfriedens Deutschland Mitte März vom Verband mitgeteilt werden. Für die Beantwortung werde der deutschen Regierung eine Frist von einer Woche gelassen werden.

Der internationale Frauenkongreß in Bern für sofortige Aufhebung der Blockade.

Bern, 19 Febr. Der internationale Frauenkongreß in Bern sandte an die Pariser Konferenz die telegraphische Bitte, die Blockade sofort aufheben zu lassen, weil die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes Anarchie erzeuge und den Grundfäden von Freiheit und Frieden widerspreche, für die der Krieg, wie überall erklärt worden sei, geführt wurde.

Fortgesetzter Bruch des Waffenstillstandes durch die Polen.

Berlin, 20. Febr. Nach dienstlicher Meldung der militärischen Kommandostellen hat eine polnische Abteilung von etwa Kompaniestärke am 18. d. Mts. trotz des Waffenstillstands, der bereits am 17. Februar in Kraft trat, eine bei Kettenski auf schlesischem Gebiet stehende Postierung angegriffen. Die Polen wurden zurückgeworfen. Auch an der ganzen Westfront wurde der Waffenstillstand durch die Polen vorgestern und auch gestern noch gebrochen. Unsere Posten am Sidausgang von Nakel und bei Deutsch-Kruschin, westlich Negevalde, erhielten Maschinengewehrfeuer. Die Gegend der Nakeler Zuckersfabrik wurde mit Artilleriefeuer durch die Polen belegt.

Der ukrainisch-polnische Kampf um Lemberg.

Berlin, 20. Febr. Aus Haag wird dem „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet: Nach einem Exchange-Telegramm aus Krakau bombardieren die Ukrainer täglich Lemberg. Gegen tausend Personen sind verwundet. Eine Anzahl Spitäler ist zerstört worden. Mehrere tausend Menschen sind obdachlos.

Die Unruhen im Reich.

* Das gesamte rheinisch-westfälische Industriegebiet steht wieder unter den Gewalttätigkeiten der Sparakisten. Regierungstreue Arbeiterräte und Beamte werden gepöbelt, Banken gestürmt und Sparkassen bedroht. Aus Düsseldorf, Barmen, Elberfeld, Münster, Essen werden die schwersten Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten gegenüber dem privaten und öffentlichen Eigentum und der Bürgerschaft und dem Beamtentum gemeldet. Gerade dieses Gebiet aber möchten die Alliierten gern besetzen und man möchte angesichts solcher wahnwitziger Treibereien fast meinen, die Unruhen würden von feindlichen Agenten hervorgerufen, um den Alliierten Anlaß zur Besetzung zu geben. In Braunschweig, dem Eldorado der Spartakisten, sind sogenannte Arbeitslose in den Sitzungsraum der Landesversammlung eingedrungen, haben einen Abgeordneten mißhandelt, Tische und Stühle im Saale zusammengeschlagen und die Türfüllungen eingestößt. Auch in Gotha sind spartakistische Putsch ausgebrochen, und als Regierungstruppen einzogen, der Generallstreik erklärt worden. In Bayern ruht es schon lange. Der Herr Ministerpräsident Eisner, dessen Partei durch die Wahlen zur Einflußlosigkeit bestimmt worden ist, möchte seine ihm behagende Stellung nicht verlassen. Er hat sich deshalb die Soldatenräte Bayerns verschrieben, die er als dauernde Einridung — wahrscheinlich als persönliche Leibgarde — gesichert wissen will. Damit sind aber die andern Parteien mit Einschluß der Mehrheitssozialisten ebensowenig einverstanden, wie mit der Selbsttätigkeit seiner Persönlichkeit selbst. Es ist nun in München und Nürnberg zu Demonstrationen der dem Soldatenratsystem freundlichen Anhänger gekommen. Als Gegendemonstration ist wohl die Absicht einer starken Matrosen- und Pionierabteilung aufzufassen, das Landtagsgebäude, in dem zur Zeit der Rätekongreß tagt, zu besetzen. Es wurde im Kongreß mitgeteilt, der Bahnhof, das Telegraphenamt, das Polizeipräsidium sowie die Stadtkommandantur seien von aus Wilhelmshaven gekommenen Matrosen besetzt worden, der Stadtkommandant, Polizeipräsident, sowie der Sekretär des Ministerpräsidenten seien verhaftet worden. Republikanische Truppen haben die Ruhe wieder hergestellt. Der Sekretär Eisners erzählte, Prinz Joachim von Preußen, der sich unter dem Namen eines Grafen

Nützliche Bekanntmachungen.

An die Schultheißenämter.

Tanzunterhaltungen.

Gemäß Verfügung des Ministeriums des Innern, betr. Faschnachtsveranstaltungen und Tanzunterhaltungen vom 16. 2. 1919 (Staatsanzeiger Nr. 39) wird vom Oberamt bis auf weiteres grundsätzlich keine Tanzverträge erteilt. Die Schultheißenämter werden angewiesen, für ihre Zuständigkeit ebenso keine zu erteilen.

Auf Abs. 3 der Verfügung, wonach den Wirten das Verbot von Faschnachtsunterhaltungen mit Musik, Gesang oder Tanz ausdrücklich zu eröffnen ist, werden die Ortspolizeibehörden besonders hingewiesen. Vollzugsanzeige bis 24. 2. 1919.

Calw, den 18. Febr. 1919. Oberamtmann G. S.

Verfügung des Staatskommissars für die Demobilisierung, bei Behörden und kaufm. und technischen Büros und in den betreffenden Erzeugnisse weiblicher Arbeitskräfte durch männliche Ladengeschäften.

Die Unterbringung der vom Heere entlassenen kaufmännischen und technischen Angestellten begegnet steigenden Schwierigkeiten und es ist dringend nötig, die weiblichen Arbeitskräfte in Kanzleien, Bürobetrieben und Ladengeschäften in größerem Umfange als bisher durch männliche Arbeitskräfte zu ersetzen. Zur Erreichung dieses Ziels verfüge ich als Staatskommissar für die Demobilisierung folgendes:

1. Bei jedem Demobilisierungsausschuss ist eine Kommission für Angestelltenfragen zu bilden, welche aus zwei Arbeitgebern und 2 kaufm. Angestellten (1 männl. und 1 weibl.) zusammengesetzt ist und unter der Leitung des Vorsitzenden des Demobilisierungsausschusses steht. Soweit die Einstellung männlicher inländischer Arbeitskräfte an Stelle von technisch verwendeten weiblichen oder ausländischen Angestellten in Frage steht, treten, soweit möglich, an Stelle der zwei kaufmännisch vorgebildeten Kommissionsmitglieder zwei Angestellte mit technischer Ausbildung. Für die Bestellung der Vertreter der Arbeitgeber und der

Angestellten sind Vorschläge von dem in Betracht kommenden örtlichen Organisationen der Arbeitgeber und der Angestellten einzuholen; wo eine Organisation der weiblichen Angestellten fehlt, kann die örtlich zuständige Hilfsstelle für Frauenarbeit einen Vorschlag machen. Ist beim Demobilisierungsausschuss eine Vertrauensperson der Abteilung für Frauenarbeit des Arbeitsministeriums bestellt, so ist diese zu den Verhandlungen der Kommission zuzuziehen.

2. Alle Behörden und sonstigen Arbeitgeber, die in Kanzleien, Bureaubetrieben und Ladengeschäften weibliche Angestellte beschäftigen, sind verpflichtet, umgehend zu prüfen, in welchem Umfange der Ersatz durch männliche Angestellte möglich ist. In erster Linie sind weibliche Angestellte zu ersetzen, die nicht unbedingt auf Erwerb angewiesen sind, sowie solche, welche wenigstens für einige Monate bei Eltern oder Verwandten unterkommen können. Ferner kommen solche Angestellte in Betracht, welche berufsfremd sind oder erst während des Kriegs aus einem andern Beruf sich der Tätigkeit als kaufmännische oder technische Angestellte gewandt haben und wieder in ihren früheren Beruf (z. B. als Diensthilfen oder gewerbliche Arbeiterinnen) zurückkehren können. Diese Prüfung hat sich auch auf solche männliche Angestellte zu erstrecken, welche während des Kriegs unter der Wirkung des Hilfsdienstgesetzes in den Betrieb eingetreten sind, ohne auf eine berufliche Tätigkeit angewiesen zu sein oder die aus einem andern Beruf übergetreten sind, in den sie wieder zurückkehren können, ferner auf alle Ausländer. Letztere sind in der Regel durch Inländer zu ersetzen, sofern nicht ganz besondere Gründe entgegenstehen. In den Betrieben, in denen ein Angestelltenauschuss besteht, ist zu dieser Prüfung der Angestelltenauschuss zuzuziehen.

Bei dem Ersatz sollen Härten gegenüber den zur Entlassung kommenden Arbeitskräften tunlichst vermieden werden.

3. Die Arbeitgeber haben das Ergebnis ihrer Feststellungen bis spätestens 16. Februar d. J. dem Demobilisierungsausschuss, Kommission für Angestelltenfragen, mitzu-

teilen. In der Mitteilung ist die Gesamtzahl der beschäftigten männlichen und weiblichen Angestellten anzugeben, sowie die Zahl der zu ersetzenden Angestellten. Ueber beschäftigte Ausländer ist besonders zu berichten. Erwünscht ist eine Angabe, ob und in welcher Weise die zu Entlassenden anderweitige Beschäftigung fanden.

4. Die Kommission für Angestelltenfragen hat die in Ziff. 2 geforderte Prüfung selbst vorzunehmen, wenn von dem Arbeitgeber keine Mitteilung über die seinerseits erfolgte Prüfung eingeht. Lässt die Mitteilung eine Nachprüfung als angezeigt erscheinen, so ist die Kommission für Angestelltenfragen zu einer selbstveranlassten Prüfung dabei zu keinem Einverständnis mit dem Arbeitgeber, so hat der Demobilisierungsausschuss darüber zu entscheiden, in welchem Umfange und in welcher Weise der Ersatz erfolgen soll. Die Entscheidung des Demobilisierungsausschusses ist endgültig.

5. Alle durch den Ersatz weiblicher Angestellter für männliche Angestellte frei werdenden Stellen sind vom Arbeitgeber umgehend dem nächsten Arbeitsamt mitzuteilen, das diese Meldung, sofern es nicht sofort selbst geeignete Bewerber vorschlagen kann, binnen 3 Tagen an die nächstgelegene Stelle des Sonderarbeitsnachweises für kaufmännische und technische Angestellte bei den Arbeitsämtern in Stuttgart, Ulm, Heilbronn und Reutlingen weiterzugeben hat.

6. Die Kommission für Angestelltenfragen hat darüber zu wachen, daß die weiblichen durch männliche und ausländische und inländische Angestellte in dem für zulässig erkannten Umfang ersetzt werden. Ueber die Zahl der Stellen, die infolge der Prüfungen der Arbeitgeber bzw. der Kommissionen mit männlichen bzw. inländischen Angestellten besetzt werden, ist Mitteilung an das Landesamt für Arbeitsvermittlung in Stuttgart zu machen.

7. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Vorschriften mit Geldstrafe bis zu 100 000 M bestraft werden.

Stuttgart, den 29. Januar 1919. Schilde.

Merz hier aufgehalten habe, sei unter dem Verdacht verhaftet worden, mit den Untrüben in Zusammenhang zu stehen. Die Matrosen erklärten, sie seien irreführt worden. Was eigentlich von dieser mysteriösen Geschichte zu halten ist, kann augenblicklich nicht gesagt werden. Aber alles in allem muß doch darauf hingewiesen werden, daß die Zustände, wie sie von Spartakisten, grundlos Streikenden und den sich anschließenden dunklen Elementen geschaffen werden, für gegenrevolutionäre Strömungen der beste Nährboden sind. Solche Verhältnisse sind auf die Dauer einfach unerträglich, das mögen sich die merken, die früher nicht laut genug nach „Freiheit und Recht“ schreien konnten, und die heute den schlimmsten Terror betreiben.

Und sind denn diese Leute nicht durch die schwerste Gefahr, die je unserem Vaterland gedroht hat, zur Vernunft zu bringen! Unsere Volkswirtschaft steht wegen Kohlenmangels vor dem Zusammenbruch. Es wird aber gestreikt. Hunderttausende von Tonnen Kohlen können nicht abtransportiert werden, weil gestreikt wird. Und weiter sollen wir Waren liefern, damit wir Lebensmittel von den Alliierten erhalten, weil sie einen Kredit an Deutschland nicht gewähren wollen.

Bermischte Nachrichten.

Berlin in Erwartung unserer Ostafrikaner.

Die Berliner werden aufgefordert, den in kurzem von Deutschland zurückkehrenden ostafrikanischen Helden Quartiere für mehrere Tage zur Verfügung zu stellen.

Gegen die Diktatur Eisners.

München, 18. Febr. Das Organ der sozialistischen Mehrheitspartei, die „Münchener Post“, beschäftigt sich in ihrem heutigen Leitartikel mit der Person Eisners und seine Stellungnahme zu der gegenwärtigen Regierungskrise in Bayern. Sie kommt dabei zu dem Schluß, das ganze Verhalten Eisners stehe unzweifelhaft im Widerspruch mit den Wünschen und Forderungen, die das bayerische Volk in der Wahl des 12. Januar zum Ausdruck gebracht habe. Unzweifelhaft entschied sich in dieser Wahl das Volk für den Aufbau eines freiheitlichen Volksstaates durch die parlamentarische Demokratie durch die Befestigung eines feuerfesten Landtages. Es wählte natürlich nicht, um nur den Schein einer konstitutionellen Versammlung, die sich bedienhaft der Räteversammlung unterordnen muß, zu schaffen. Durch sein Verhalten in den letzten kritischen Tagen hat sich Eisner vom bayerischen Volk völlig isoliert. Er ist als Minister, d. h. als Diener des Volkes einfach unmöglich. Der Rücktritt Eisners ist deshalb eine politische Notwendigkeit. Seine sich auf das Räteystem stützende Politik muß zu den schwersten Interventionen der Feinde herausbeschworen werden. Die Minister des bayerischen Volksstaates aber, die nicht mit der katastrophalen Politik Eisners einverstanden sind, haben vor dem ganzen Lande zu erklären, daß sie die Politik Eisners nicht billigen, daß sie in den bayerischen Wahlen ausgesprochene Forderung des Volkes auf die Einberufung einer wirklich gesetzgebenden Versammlung mit allen Kräften unterstützen und Sicherheitsmaßnahmen für den ruhigen und gebiengen Verlauf der Landtagsverhandlungen treffen wollen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 20. Februar 1919.

Dienstnachricht.

Die Wahl des Oberlehrers Dr. Brösamlen an dem Realprogymnasium und der Realschule in Calw auf eine Professorstelle an der Mädchenrealschule in Tübingen ist von dem Ministerium des Kirchen- und Schulwesens bestätigt worden.

Bersammlung der Bauernräte des Bezirks Calw.

Zur Besprechung wichtiger Angelegenheiten fanden sich die Bauernräte des Bezirks am letzten Sonntag im Gasthof zum „Röfle“ in Calw zusammen. Es waren 25 Gemeinden mit 64 Mitgliedern vertreten. Nach Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden Dettlinger wurde in die Tagesordnung eingetreten. Die Bauernratswahlen sind mit wenigen Ausnahmen in allen Gemeinden durchgeführt. Auffallend ist, daß sich Gehirnen als große landwirtschaftliche Gemeinde noch nicht angeschlossen hat. Der Bezirksbauernrat hat den Antrag auf Wiederzulassung der Viehmärkte gestellt. Diesem Antrag glaubt die Regierung nicht entsprechen zu können, da die Preise von Rind- und Zuchtvieh sofort steigen würden und eine wirksame Kontrolle auf Viehmärkten undurchführbar sei. Dem landwirtschaftlichen Bezirksverein sei jedoch die Abhaltung von marktähnlichen Viehverkäufen gestattet, um innerhalb des Bezirks Gelegenheit zum Viehausgleich zu geben. Ein etwaiger Ueberfluß an Vieh könne dann vom Rindviehhändler aufgekauft und an andere Bezirke abgesetzt werden. Der landwirtschaftliche Bezirksverein soll gebeten werden, die genannten Viehmärkte sofort in die Wege zu leiten. Einen breiten Raum in der Tagesordnung beanspruchte die Frage der Verteilung des beim Kommunalverband befindlichen Geldes aus Milchüberflüssen von Baden. Mit dieser Frage hat sich schon der landwirtschaftliche Bezirksverein befaßt, ohne zu einem Resultat zu kommen. Auch die Versammlung konnte keinen gerechten und gleichmäßigen Verteilungsmodus herausfinden. Schultheiß Braun-Althengstett gab Aufschluß über die Entstehung dieses Kapitals. Der Bezirksrat habe das Geld der Landwirtschaft vorbehalten. Das Geld jetzt geschwind in kleinen Beträgen mit nachfolgender Unzufriedenheit zu verteilen, halte er nicht für zweckmäßig. Der Landwirtschaft seien zweifellos für später noch viele Aufgaben vorbehalten, zu denen man notwendig das Geld brauchen könne. Es wird beschloffen, den Bezirksrat zu bitten, das Geld als besonderes Kapital, das der Landwirtschaft vorbehalten bleibt, anzulegen und eine Verteilung für Zwecke der Landwirtschaft nur vorzunehmen, nachdem der landwirtschaftliche Bezirksverein und der Bauernrat gehört wurden. Auch über die Revision der Geschäftsabrechnung des Kommunalverbands entspann sich lebhafteste Debatte. Es ist ein sachmännischer Revisor mit der Prüfung beauftragt worden. Dieser soll sich in Gemeinschaft mit dem Vorsitzenden Dettlinger, sowie Mann und Schäfer-Stammheim mit der Revision befassen. Das Gesuch um Freigabe von Hofer hat keine Aussicht auf Genehmigung. Vors. Dettlinger gibt die Sitzung des Landesverbands Württ. Bürger- und Bauernräte bekannt und erstattete Bericht über die in Stuttgart getagte Landesversammlung der Württ. Bürger- und Bauernräte. Der Vorsitzende schlägt vor, dem Landesverband beizutreten, was genehmigt wird. Sodann kamen verschiedene Mißstände zur Sprache. Paul Fick-Althengstett kann es nicht verstehen, daß der Haber nur mit 15 Mark bezahlt wird, während minderwertige

Erntemittel, namentlich Kleesamen-Stroh auf den Bahnhöfen für 16 Mark ausgeladen werden. Ferner wird es scharf getadelt, daß man den Landwirten des Bezirks nur bis 15. August die Mahlfucht belasse, während doch am 15. August die Frucht in unserem Bezirk noch gar nicht geerntet werden kann. Das Oberamt soll bezüglich derjenigen Gemeinden, in welchen die Frucht noch nicht abgenommen ist, gebeten werden, den Landwirten die Frucht bis zum 1. Septbr. zu belassen. Gemeindepfleger Blach-Althengstett bemängelt, daß dem Oberkäufer, der bisher schon viel Geld verdient habe, um 2 Prozent aufgeschlagen worden sei. Ehr. Fick-Althengstett tadelt das Vorgehen der Regierung, den Bezirken als Verkäufer Juden aufzuzwingen. Die Landesfüttermittelfelle soll um Lieferung von Heu gebeten werden. Es ist bekannt, daß in einzelnen Bezirken noch Heu genug ist. Völlig unverständlich ist es, daß es der Landesfüttermittelfelle unmöglich sein soll, den Bezirk mit Heu zu beliefern, zumal sich das Oberamt bis jetzt alle Mühe gegeben hat, Futter zu bekommen. In sonstigen Jahren mußte viel Futter abgegeben werden. Man sollte glauben, daß es auch zu den Aufgaben der Landesfüttermittelfelle gehöre, in einem Notjahr sich um einen Heuausgleich zu kümmern. Die Fleischverordnungsstelle so in einer Eingabe darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Landwirte im Frühjahr nicht in der Lage sind, viel Schlachtwiehl abzugeben, da die infolge Futtermangels geschwächten Viehbestände mit Einsetzung des Grünfutters ergänzt werden müssen. Diejenigen Bezirke, die unter abgesetztes Jungvieh erhalten haben, sind zweifellos in der Lage, das bei uns fehlende Schlachtwiehl zu liefern. An den Debatten beteiligten sich Ehr. Fick, Paul Fick, Schultheiß Braun-Althengstett, Schultheiß Maulbetsch-Ostelsheim, Mann und Schäfer-Stammheim, Dürr-Martinsmos, Blach-Althengstett, Stöffler-Dachtel. Vorsitzender Dettlinger dankte der Versammlung für das zahlreiche Erscheinen und auch den Rednern für ihre Bemühungen, insbesondere auch den Schultheißen Braun und Maulbetsch für ihre Ausführungen. Er forderte die Anwesenden auf, stets Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten und auch in Zukunft die Interessen des Volkes bezüglich der Ernährung und auch diejenigen der Landwirtschaft im Auge zu behalten.

Die Versammlung sagte dann noch folgende Resolutionen. Der Bauernrat erhebt klammernden Protest dagegen, daß unsere Feinde die Verlängerung des Waffenstillstandes in völlig unerschwerter Weise zur Aufrechterhaltung neuer, vor allem die Landwirtschaft und damit unsere Ernährung schädigenden Bedingungen benutzt haben unter unbegründeten Vorwänden unteren Kriegesgefangenen und Zivilinternierten die Rückkehr in die Heimat vorzweigern, in einer jeder Menschlichkeit hohnsprechenden Weise die längst am Mark des deutschen Volkes nagende Hungerblockade aufrecht erhalten, das Deutsche Reich seines unbedingt nötigen Kolonialbesitzes berauben, durch gewalttätige Maßnahmen in Ost- und Westpreußen und durch Duldung polnischer und tschechischer Uebergriffe in deutsches Gebiet das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu Ungunsten Deutschlands beeinflussen, unsere Vertreter von den Friedensverhandlungen ausschließen. Der Bauernrat bittet alle Bezirksangehörigen mit größtem Nachdruck für die Wahrung der nationalen Lebensinteressen des deutschen Volkes, wo immer sich Gelegenheit bietet

Druck und Verlag der A. Velschläger (vorm. Buchdruckerei), Calw. Für die Schrift verantwortlich Otto Seltmann Calw.

Das „Calwer Tagblatt“ kann jederzeit bestellt werden.

Stadtschultheißenamt Calw.
Die auf Buttermarkte 3 bestellte
Butter

kann gekauft werden.

Calw, den 19. Februar 1919.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Stammheim, den 18. Februar 1919.

Dank'agung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgang unseres lieben Vaters, Schwiegervaters und Großvaters

Christian Haug,
Gemeindepfleger a. D.,



für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen, für den ehrenvollen Nachruhm des Herrn St. u. theil, sowie den erhebenden Gesang des Lieberfranzes, der Schulfinder, sowie die stimmungsvollen Choräle des Musikvereins, den Herren Gemeinderäten für die gütige Uebernahme des Trägerdienstes, für die Teilnahme des Militär- und Kriegervereins, die reichten Kranzpenden und die überaus zahlreiche Trauerbegleitung der ganzen Gemeinde und von Auwärts sagen wir alle unsere innigsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Neuhengstett.

Jagd = Verpachtung.



Die Verpachtung der hiesigen Gemeindejagd findet am Montag, den 24. Februar 1919, nachmittags 4 Uhr, im hiesigen Rathaus statt. Pachtzeit 6 Jahre. Liebhaber sind eingeladen.

Schultheißenamt.

Gechingen.

Zement und Schwarzkalk

habe wieder auf Lager

in Gechingen und am Bahnhof Althengstett.

Samuel Bekker.

Gechingen.

2 Läufer-



Schweine

hat zu verkaufen

Christian Essig, Witwe.

Breitenberg.

Ein zum zweitenmal trächtiges

Zucht-

Schwein

verkauft Friedrich Wahl

Breitenberg.

Sehe meinen 24 Mon. alt., schön.

Zucht-

Sarren

(Selbscheck) dem Verkauf aus

Witwe Schauble.

Calmbach.

Einen schönen 14 Monate alten

Zucht-

Sarren

hat zu verkaufen

Friedrich Schöninger.

Sehe meinen 2 1/2 jährigen

Warmblut-Kapp-

Wallachen

sowie einen neuen, leichten

Einsp. Leiterwagen

für Pferde dem Verkauf aus.

Chr. Stürner, Calw.

Oberkollbach.

Unterzeichneter setzt 2 schöne

Fuchs-

Wallachen,

6- und 7-jähr., unter jeder Garan dem Verkauf aus

Friedrich Steininger,

3. Lamm.

Oberkollbach.

Einen 8 Jahre alten

Fuchs-

Wallachen

verkauft

Joh. Georg Burkhardt.

Forstamt Calmbach.

Nadelholzstangen-Verkauf.

Am Donnerstag, den 27. Februar 1919, vormittags 9 1/2 Uhr in Calmbach (Rathaus) aus Staatswald Eiberg, Meistern, Heimenhardt:

Baufstangen: 1068 Ia, 754 Ib, 371 II, 75 III. Kl., Hagstangen: 398 I, 684 II, 415 III. Kl., Hopfenstangen: 1235 I, 815 II, 100 III. Kl. Insgesamt 91 % Fichten, 9 % Tannen.

Losverzeichnis durch die Forstdirektion, G. f. D., Stuttgart.

Fleißiges Mädchen

tagsüber für meinen Haushalt gesucht.

Angeb. unt. N. D. 100 an die Geschäftsst. ds. Bl.

Jüngerer Mädchen

in kleinen Haushalt auf 1. März gesucht.

Benninger, Pforzheim, Güterstr. 18.

Modes!

Tüchtige Zuarbeiterin bei Jahresstellung und hohem Gehalt gesucht.

H. Ferig, Pforzheim.

Achtung!

In welsch. Kurort kann bess. Fräulein d. Kochen gründlich erlernen?

Sofort oder später.

Angebote an die Geschäftsstelle dieses Blattes unter Nr. 125.

Ehrliche, zuverlässige

Dienst = Magd,

welche auch melken kann, kann sofort eintreten bei

Ulrich Holzreppel, Bauer, Ottenbronn.

Karbidlampen und Karbid

empfiehlt

Karl Griebler, Flaschnerei.

Einen ordentlichen

Sunnen

nimmt in die Lehre der Obige.

Ein sehr schöner

Stalienerhahn

ist zu verkaufen, Näheres in der Geschäftsst. ds. Bl.

Gut jagende schwarze

Dachshund-Rüde

zu verkaufen oder gegen größere zu vertauschen

H. Maier, Altbürgerstr. 285.

Wand-Kalender

mit Markt-Verzeichnis das Stück zu 20 Pfg., sind auf der Geschäftsstelle ds. Bl. zu haben

Kriegsbeschädigte u. Kriegsteilnehmer!

Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr, findet im „Babischen Hof“ in Calw eine

Öffentliche Versammlung

statt, mit einem Vortrag über:

„Unsere Forderungen an den Staat“.

Kriegsbeschädigte, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebene von hier und Umgebung werden hiemit dringendst eingeladen.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer. (Gau Württemberg.)

Landwirtschaftl. Consum-Berein Calw.
(e. G. m. u. H.)

Die General-Versammlung

des Vereins findet am 22. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr in der früheren Dreiß'schen Brauerei statt.

Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht.
2. Kassen- und Revisionsbericht.
3. Beschlusfassung über Verwendung des Gewinns.
4. Vorstandsneuwahl.

Hiezu werden die Vereinsmitglieder freundlich eingeladen.

Die Jahre-Rechnung pro 1918

liegt zur Einsicht der Genossen im Geschäftszimmer auf.

Der Vorstand.

Landwirtschaftl. Consumverein Calw.

Rotklee Samen,

erste Qualität, sowie

Rainit,

fein gemahlen, sind eingetroffen.

Ein geräumiger

Laden

mit Kontor und Magazinraum sofort oder später

zu vermieten.

Zu erfrag. in der Geschäftsst. ds. Bl.

2-4 Zimmer-

Wohnung

wenn möglich mit kleinem Laden dabei wird bei guter Bezahlung auf 1. oder 15. März zu mieten gesucht. Bon wem sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Auf 1. März wird schön

möbliertes Zimmer

zu mieten gesucht.

Angebote unter X 10 an die Geschäftsst. ds. Bl. erbeten.

Gutmöbliertes

Zimmer

für sofort gesucht.

Angebote unter Sch. an das Bezirkskommando erbeten.

Einfach möbliertes

Zimmer

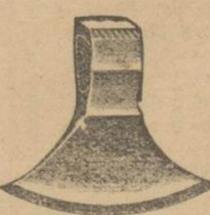
auf 1. März gesucht. Gest. Angebote an die Geschäftsst. ds. Bl.

100 Ztr. Heu

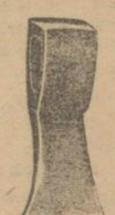
50 Ztr. Stroh

kauft sofort

H. Kärcher, Sägewerk, Hirsau.



Waldsägen, Aerte, Beile, Breitbeile,



Loitärte, Mörschel,

Scheiden, Holzhamer, Näpfeleisen, Rindenschälbeile

in la. Qualitäten, stets große Auswahl

Emil Reiter, Weilberstadt.

Aufruf!

Das Leben eines deutschen Staatsbürgers ist gefährdet durch die schamlose Forderung unserer Gegner, daß der in Amerongen internierte Wilhelm II. ausgeliefert werden soll! Die Ausführung dieser Absicht würde für Deutschlands Ehre eine neue, auf das tiefste demütigende Beleidigung bedeuten.

Zur Verhütung der Auslieferung soll sich ein **Riesebund** gestalten aus deutschen Männern und Frauen, die gewillt sind, dem deutschen Volke diese unendliche Schmach zu ersparen.

„Nichtwürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles setzt an ihre Ehre!“

Unser Bund betont ausdrücklich und verwahrt sich von vornherein gegen die Ueberschiebung anderer Absichten, daß es ihm fern liegt, durch irgend welche Bestrebungen die früheren Regierungsverhältnisse wieder einführen zu wollen, daß vielmehr der obige Zweck sein einziges Ziel darstellt.

Die früheren Diplomaten und sonstigen Ratgeber des Kaisers sollen durch den Bund veranlaßt werden, ihre Kenntnisse der Sachlage zwecks Verwendung als Zeitungsartikel unumwunden zur Verfügung zu stellen. Der Bund ist davon überzeugt, daß es durch das Zusammenfassen dieser Artikel zu einem Weißbuche leicht gelingen wird, die Unschuld Wilhelms II. an dem Ausbruch des Krieges vollkommen nachzuweisen und der Welt klar vor Augen zu führen, daß die Wahrheit durch die Entente derartig verunstaltet worden ist, daß selbst im deutschen Volke — Gott sei's geklagt — Zweifler entstehen konnten.

Allein schon dadurch, daß Millionencharen deutscher Männer und Frauen durch ihren Beitritt in den Bund diese Ueberzeugung offenherzig bekunden und seinen Einspruch gegen die Auslieferung erheben, wird die holländische Regierung in den Voratz bestärkt werden, den richtigen Standpunkt des Völkerrechtes unerschrocken zu vertreten. Die Folge davon wird sein, daß die Entente es dem kleinen Holland hoch anrechnen wird, wenn es seinen Schutzbefohlenen, den so unendlich schwer geprüften ehemaligen Deutschen Kaiser nicht schände im Stich läßt.

Wer nicht mitschuldig werden will an einem Verbrechen, das verhindert werden kann, wenn wir nicht Gleichgültigkeit an den Tag legen, der trete frei und offen unserm Bunde bei.

Einmaliger Beitrag: 1 Mark. (Wer nichts zahlen möchte, wird ebenso gern aufgenommen, wie der, der mehr gibt.)

Bund deutscher Männer u. Frauen zur Schutze der persönlichen Freiheit u. des Lebens Wilhelms II.

Dieser Aufruf nord- und süddeutscher Männer und Frauen, worunter Generalfeldmarschall Dr. v. Boyrsh, wird hiermit auch in Württemberg vorbereitet. Seither wurde nur im Bezirk Neuenbürg erworben, wo bereits 600 Mitglieder beitreten sind. Bis überall Bezirksvertretungen geschaffen sind, was hoffentlich bald möglich ist, werden Anmeldungen und Beiträge an Fr. Keppler, Sägewerksbesitzer, Calmbach, erbeten.

Der im Reiche jetzt 200000 Köpfe zählende Bund hat an sämtliche Mitglieder der deutschen Nationalversammlung eine Eingabe gerichtet. Er bringt darin die Zuversicht zum Ausdruck, daß es der Nationalversammlung einerseits durch eine **gewaltige Protesterklärung** unseren Feinden gegen über, andererseits durch eine freundschaftliche Kundgebung an die holländische Regierung gelingen wird, die Auslieferung zu verhindern und so den gleichsam auf unsere National-ehre hinstrebenden Todesstoß erfolgreich abzuwehren.

In Württemberg aber, wo immer viele Herzen unserem Kaiser warm entgegenstehen, und wo auch heute noch Treue und Dankbarkeit nicht ausgestorben sind, mögen viele Tausende aus allen Ständen sich dem Bund anschließen und seinen Bestrebungen dadurch Gewicht verleihen. Rasches Handeln tut no! Nicht allein überzeugte Monarchisten, auch Andersgesinnte haben, wenn sie deutsch und gerecht fühlen, allen Grund, sich mit flammender Enttästung gegen der Feinde Forderung zu wenden, deren Erfüllung nicht nur für unseren Kaiser, sondern für das ganze Volk eine Demütigung schwerster Art wäre.

Postcheck-Konto 2052 Stuttgart
Friedrich Keppler, Calmbach.

Zweigstelle für Württemberg
Fr. Keppler, Sägewerksbesitzer, Calmbach, D.-M. Neuenbürg.



Gesangverein „Concordia“ Calw.

Nächsten Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 4 Uhr, findet eine

außerordentliche Generalversammlung

im Vereinslokal (Bierdepot Weiß) statt, zu welcher wir unsere sämtlichen Mitglieder freundlichst einladen.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen erwünscht.

Der Ausschuß.

Statt jeder besonderen Einladung.

Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 22. Februar stattfindenden

Hochzeits-Feier

im Gasthaus zum „Löwen“ in Hirsau freundlichst einzuladen

Christian Stog, Hirsau.

Marie Bollmer, geb. Psrommer, Bad Liebenzell.

Kirchgang um 1 Uhr.

Altburg.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag und Sonntag, den 22. und 23. Februar stattfindenden

Hochzeits-Feier

in unserem elterlichen Hause in Altburg, freundlichst einzuladen.

Wilhelm Wurster.

Sohn des † Schultheiß Wurster, Agenbach und

Anna Braun,

Tochter des Wilhelm Braun, Gasthof zum Lamm, Altburg.

Kirchgang 11 1/2 Uhr.

Bin unter

Nr. 60

an das Fernsprechamt angeschlossen.

Otto Kohenmaier,
Bauschneiderei und Installat-
Geschäft, Liebenzell.

Bandsäge, Kreis- säge, sowie Hobel- maschine

gebraucht aber noch gut erhalten

somit zu kaufen gesucht.

Robert Jakob, Zellbach,
Holz- und Drechslerwaren-
Industrie.

Gehirgen.

Verkaufe 2 guterhaltene

Spiz-Kommet

mit Leib, Größe 60.

Heinrich Zsch.

Sehr gute

Konzert-Violine

samt Bogen und Kasten sowie eine

prima Mandoline

samt Tasche verkauft

P. Schwämmle,
Emmohheim.

Bei Metzger Gackenhaimer
in Hirsau ist schön, jung.

Pferdefleisch

zu haben.



Calwer „Liederkrantz“.

Generalversammlung

am Samstag, den 22. Februar 1919, abends 8 Uhr, im „Badischen Hof“ mit folgender Tagesordnung:

1. Rechenschafts- und Kassenbericht.
2. Neuwahlen.
3. Neuaufnahmen.
4. Anträge und Wünsche.

Die aktiven und passiven Mitglieder werden hiezu freundlichst eingeladen.

Der Ausschuß.

Statt besonderer Einladung.

Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 22. Februar 1919, stattfindenden

Hochzeitsfeier

im Gasthaus zum „Röfle“ in Alzenberg freundlichst einzuladen

Arlii Reck

Sohn des Friedrich Reck, Sonnenhardt.

Barbara Reck, geb. Ganzhorn,

Tochter des † Michael Ganzhorn, Windhof.

Kirchgang 12 Uhr in Altburg.

Neuweiler.

Wald=Verkauf.

Friedrich Alink Bauers Witwe verkauft am 24. Februar ds. Js., nachmittags 2 Uhr, im Gasthaus zum „Hirsch“ in Neuweiler folgende abgeholtie Nadelwaldungen:

Markung Agenbach:

Parz. Nr. 270 64 ar 10 qm, Parz. Nr. 272 32 ar 21 qm,
Parz. Nr. 271 31 ar 55 am, im Hirschtich.

Markung Schmied:

Parz. Nr. 262 1 ar 32 ar 03, im unteren Maienacker.

Markung Würzbach:

Parz. Nr. 422 1 ar 66 a. 49 qm, auf der Dachsbergebene.
Den 18. Februar 1919.